

Kreisky, Peter

Article

Dezentralisierung und regionalpolitische Entwicklung in Schweden

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Kreisky, Peter (1988) : Dezentralisierung und regionalpolitische Entwicklung in Schweden, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 14, Iss. 1, pp. 125-152

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332267>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dezentralisierung und regionalpolitische Entwicklung in Schweden*)

Peter Kreisky

Die öffentliche Verwaltung Schwedens hatte traditionell eine starke zentralistische und sektorierte Struktur. Die Aufgabenbereiche wurden von der Staatsverwaltung bis hinunter zur Kommunalverwaltung meistens mit Hilfe von zentralstaatlichen Detailregelungen geplant und organisiert. Hinter dieser Struktur stand seit Beginn der sozialdemokratischen Ära in den dreißiger Jahren die Konzeption des Wohlfahrtsstaates, der Bevölkerung ein hohes Maß an öffentlichen Leistungen in allen Landesteilen möglichst gleichmäßig zukommen zu lassen. Nachteile dieser Entwicklung waren eine Tendenz zu einem gewissen bürokratischen und technokratischen Absolutismus, die von einer Symbiose wirtschaftlicher und administrativer Konzentrations- und Rationalisierungsinteressen und den Strukturen traditioneller Verwaltungsorganisation ausging.

Dieser negative Zug des „Schwedischen Modells“ wurde in der Kritik an der „Wohlfahrtsdiktatur“ stark überzeichnet, da wichtige Einrichtungen wie Ombudsleute, die grundsätzliche Verpflichtung zur Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns, eine kritisch pluralistische Medienlandschaft sowie die tief verwurzelte Tradition der demokratischen „Volksbewegungen“ (Folkrörelser) als Korrektive gegen technokratisch-administrative Neigungen zur Allmacht bestehen. Die großen gesellschaftlichen Organisationen werden nicht frei von einem gewissen Pathos als „Folkrörelser“ bezeichnet, worunter die starken Traditionen der Arbei-

*) Für Hilfe bei der Beschaffung von Literatur bzw. Durchsicht des Manuskripts danke ich vor allem Ulla Björnberg (Univ.-Doz., Europ. Koordinationszentrum für sozialwissenschaftliche Forschung und Dokumentation, Wien, vorm. ERU Stockholm), Thomas Fürth (Univ.-Doz., Forschungsrat Stockholm), Catherin von Heidenstam (Schwedische Botschaft Wien), Bernd Hofmaier (Swedish Center for Working Life, Stockholm).

terbewegung, der Erwachsenenbildung, der Konsum- und Agrargenossenschaften, der freikirchlichen Strömungen u. a. m. verstanden werden. In der schwedischen Öffentlichkeit wurde seit den späten sechziger Jahren zunehmend Kritik an verschiedenen Merkmalen und Phänomenen des schwedischen Modells artikuliert: An einer gewissen rationalistischen Gleichförmigkeit und Kälte der Lebensverhältnisse, an der hohen Steuern- und Abgabenbelastung, an der zunehmenden Konzentration der Bevölkerung in den Ballungsräumen u. a.

Die Parallelität organisatorischer Reformprozesse in Großkonzernen und im öffentlichen Sektor ist Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels, der eine Reihe von Ursachen hat, wie zum Beispiel im wirtschaftlichen Bereich die Ausweitung und Differenzierung der Produktion und der Dienstleistungen, steigendes Ausbildungsniveau der Beschäftigten und eine auf Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt gerichtete Gewerkschaftspolitik. Dem Übergang von der zentralistischen Sektorstruktur in der öffentlichen Verwaltung zu halbautonomen regionalen Bereichsverwaltungen entspricht der Umstrukturierung von Abteilungen vieler Großkonzerne zu halbautonomen Profitcenters.

Bis in die sechziger Jahre war der autonome Gestaltungsspielraum von Gemeinden und Provinzen relativ gering, da es eine große Zahl detaillierter zwingender Normen für fast alle Verwaltungsbereiche gab. Erst im Zuge der Erweiterung von Kompetenzen sowie der fiskalischen und personellen Ressourcen erfolgte auch eine schrittweise Lockerung des zentralistischen Normenkorsetts. Seit Ende der siebziger Jahre sind die Rahmengesetze immer häufiger geworden und haben die Tendenz zu gesamtschwedischen Detailregelungen zurückgedrängt.

Die Rahmengesetze haben eine ambivalente Wirkung. Einerseits ist der örtlichen Willensbildung mehr Spielraum gegeben, andererseits können sich v. a. ärmere konservativ dominierte Gemeinden sozialstaatlichen Verpflichtungen teilweise entziehen. Erst eine stärkere politische Artikulation kann diese Gefahr abwenden helfen. Die kommunale Gebietsreform und die Reform der Provinzialverwaltung waren wichtige Voraussetzungen für die Stärkung der Stellung der Gemeinden. Eine Reihe staatlicher Untersuchungen hat diese Kompetenzverlagerung vorbereitet. 1975 bis 1978 wurde der staatliche Kommissionsbericht zur Dezentralisierung der schwedischen Öffentlichkeit präsentiert, dessen Grundsatzteil als staatlicher Kommissionsbericht unter dem Titel „Legt die Entscheidungen näher zu den Menschen“ 1978 publiziert wurde.

Im folgenden werden verschiedene Elemente dieser Dezentralisierungsbewegung dargestellt: in den öffentlichen Diensten, in der Wirtschaftsförderung, im Bildungswesen, in der Arbeitsmarktpolitik und in den Gemeinden.

Kommunale Gebietsreform und Dezentralisierung der Verwaltung

Bis zu Beginn der fünfziger Jahre war Schweden durch ein relativ geringes Ausmaß an Siedlungs- und Arbeitsstättenkonzentration gekennzeichnet. In den fünfziger und sechziger Jahren fand eine vehemente Entwicklung in Richtung auf Konzentration und Großstrukturen in allen Lebensbereichen statt.

Bis zum Jahre 1951 gab es in Schweden über Jahrhunderte hinweg gleichbleibend ungefähr 2500 Gemeinden, deren Zahl 1952 schlagartig auf etwas über 1000 Gemeinden mit mindestens 2000 Einwohnern verringert wurde. Während 85 Prozent der etwas über 1000 Gemeinden, die aus der Kommunalreform 1952 hervorgingen, eine Bevölkerungszahl aufwiesen, die zwischen 2000 und 7000 Einwohnern betrug, hatten im Jahre 1984 41 Prozent der 284 Gemeinden über 20.000 Einwohner und stellten somit 77 Prozent der Gesamteinwohner Schwedens.

Die erste kommunale Gebietsreform beschränkte sich auf ländliche Gemeinden. In vielen Fällen waren diese sehr klein und entbehrten Ressourcen für ein größeres Angebot an sozialen Dienstleistungen. Während der fünfziger Jahre verzeichneten die kleineren Ansiedlungen Bevölkerungsverluste infolge verstärkter Industrialisierung und städtischer Entwicklung. Das Ziel der Gemeindezusammenlegung des Jahres 1952 wurde nicht erreicht. Die Gemeindegebietsreform des Jahres 1962 setzte sich als Ziel, stufenweise einigermaßen selbständige, kohärente geographische Einheiten zu schaffen, die durch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und andere Beziehungen zusammengehalten werden sollten.

Tabelle 1

Die Gemeinden Schwedens 1862–1983

Jahr	Ländl. Gemeinden	Bezirke	Städte	Gesamt
1862	ca. 2.400	ca. 10	89	ca. 2.500
1901	ca. 2.384	ca. 20	92	ca. 2.496
1911	ca. 2.377	ca. 32	97	ca. 2.506
1921	ca. 2.371	ca. 35	110	ca. 2.516
1931	ca. 2.373	ca. 45	113	ca. 2.531
1941	ca. 2.353	ca. 53	117	ca. 2.523
1951	ca. 2.281	ca. 84	133	ca. 2.498
1952	ca. 816	ca. 88	133	ca. 1.037
1964	ca. 777	ca. 96	133	ca. 1.006
1969	ca. 625	ca. 91	132	ca. 848
1971				ca. 464
1974				ca. 278
1977				ca. 277
1980				ca. 279
1983				ca. 284

Quelle: Gustavson, Government in Sweden, S. 28

Diese Gemeinden mit einer Mindestbevölkerung von 8000 Einwohnern bildeten zugleich die räumlichen Basiseinheiten für die Grundschulreform in Richtung einer Gesamtschule.

1962 beschloß das schwedische Parlament die Errichtung einer Art von Gemeindeverbänden (Kommunblock) als Instrument für künftige Gemeindezusammenlegungen, diesmal sollten aber im Unterschied zu 1952 die Gemeinden eine aktive Rolle bei dieser strukturellen Veränderung spielen, Qualitätsverbesserungen des öffentlichen Dienstleistungsangebots sollten Hand in Hand mit der Nutzung der economies of scale gehen¹.

Die in vielen ehemaligen Gemeinden verankerte aktive Beteiligung „gewöhnlicher“ Bürger und ehrenamtlicher kommunaler Funktionäre wurde durch die drastische Gemeindezusammenlegung und die damit Hand in Hand gehende Professionalisierung der Kommunalpolitik geschwächt oder beseitigt. Erst durch die Einführung kommunaler Bezirke und Ausschüsse vor allem in größeren Gemeinden konnte seit Ende der siebziger Jahre dieser negative Effekt der Gemeindefusionierungen teilweise wieder wettgemacht werden.

Ende der sechziger Jahre setzte in Schweden als Reaktion auf den rasanten Strukturwandel, der zu einer starken Bevölkerungskonzentration in den drei großen Ballungsgebieten führte, eine heftige öffentliche Diskussion über die vielfältigen Nachteile dieser Entwicklung ein. Als Folge dieser politischen Kontroversen kam es 1971 zu einer tiefgreifenden Reform der Provinzialverwaltung unter dem Leitmotiv der Dezentralisierung wichtiger Aufgabenbereiche.

Zwischen der Ebene des Zentralstaates und den Gemeinden sind traditionell die Provinzen („Läns“) als eine weitere legislative und verwaltungsmäßige Einheit eingerichtet. Auf Provinzebene existieren zwei administrative Strukturen. Erstens die zentralstaatliche Verwaltung mit der Provinzialregierung an der Spitze, und zweitens die aus Wahlen hervorgegangenen Provinziallandtage mit ihren Verwaltungsbereichen. Die Provinzialregierung nimmt eine Zwischenstellung als ausführendes Organ der Zentralregierung und Repräsentativgremium der Provinzen ein. An der Spitze der Provinzial steht zwar weiterhin der von der Regierung ernannte Landeshauptmann, die übrigen Mitglieder werden aber von der Provinziallandtagsgemeinde als Vertrauensleute gewählt. Seit Mitte der sechziger Jahre sind nicht mehr Regierung oder Zentralbehörden für Staatsbürgerschaftsfragen, die Ernennung von Schulpersonal und Naturschutz zuständig, sondern die Provinzialverwaltung. Weitere besonders wichtige Kompetenzen der Provinzialverwaltung sind vor allem das Gesundheitswesen, einzelne Wohlfahrtseinrichtungen, die Erwachsenenbildung und die Teilnahme an der Regionalpolitik und -planung gemeinsam mit Zentralregierung und Gemeinden.

In jüngster Zeit sind auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, der traditionell in die Kompetenz des Zentralstaates fiel, durch die Einrichtung sogenannter „Freier Gemeinden“ Zuständigkeiten auf die Ebene der Kommunen verlagert worden.

Expansion des öffentlichen Sektors und der Lokalverwaltungen

Parallel zu dieser Entwicklung in der Struktur der öffentlichen Verwaltung vollzog sich eine starke Ausweitung des öffentlichen Dienstleistungssektors. Der Anteil des öffentlichen Konsums am schwedischen BIP erhöhte sich von 15,8 Prozent 1960 auf 23,2 Prozent 1974. Der bisherige Höhepunkt wurde 1981 mit 29,2 Prozent erreicht, seither ist der Anteil des öffentlichen Konsums wieder leicht rückläufig: 27,4 Prozent 1985. Der Anteil der gesamten Staatsausgaben stieg von 31 Prozent 1960 auf 64,5 Prozent 1985².

Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtbeschäftigung Schwedens erhöhte sich von 12,8 Prozent 1960 auf 31,8 Prozent 1982³. Wird die Beschäftigtenzahl auf Vollarbeitskräfte bereinigt, beträgt die Quote des öffentlichen Dienstleistungssektors im Jahre 1982 noch immer 27 Prozent. 1960 war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten weit niedriger.

Die Verlagerung öffentlicher Ausgaben zu den Regionen und Gemeinden fand im Zeitraum von 1960 bis 1975 statt. Zwischen 1960 und 1974 stieg der Anteil der Ausgaben der Lokalverwaltungen am BIP von ca. 12 Prozent auf 21,8 Prozent an⁴. Während bis Mitte der fünfziger Jahre mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben und Aktivitäten von der zentralstaatlichen Verwaltung getätigt wurde, betrug deren Anteil am öffentlichen Konsum und den Investitionen 1982 ungefähr ein Drittel (ohne die staatliche Zusatzpension [ATP] gerechnet). Als zweites Kriterium für den Bedeutungszuwachs der Regional- und Kommunalverwaltungen kann die Entwicklung der Beschäftigtenanteile innerhalb des öffentlichen Sektors angeführt werden. Zwischen 1965 und 1982 hat sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Beschäftigten von knapp 2 : 1 zugunsten der regionalen und kommunalen Verwaltungsebenen auf ca. 3,5 : 1 verschoben⁵.

Die überproportionale Steigerung des Ausgabenanteils öffentlicher Dienstleistungen der kommunalen und regionalen Ebene von 1960 bis 1985 geht auch aus den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung klar hervor.

Tabelle 2

	Durchschnittlicher realer Zuwachs pro Jahr				
	1960–65	1965–70	1970–75	1975–80	1980–85
BNP	5,0	4,1	2,7	1,3	1,8
Privater Konsum	4,3	3,2	2,6	1,0	0,7
Öffentl. Konsum d. Lokalverwaltung	4,3	9,4	3,7	4,2	1,9
Investitionen d. Lokalverwaltung	10,8	11,1	– 4,8	2,7	n. v.

Quelle: K. Knutsson, 1985, S. 24, eigene Berechnungen

Seit 1980 gingen die Zuwachsraten des öffentlichen Konsums auf lokaler Ebene deutlich zurück, waren aber immer noch höher als die des privaten Konsums und des BIP. Vom gesamten öffentlichen Konsum des Jahres 1984 entfielen 72 Prozent auf die lokale Ebene.

Die überdurchschnittliche Ausgabendynamik der lokalen Verwaltungsebene findet ihre Entsprechung in der Entwicklung des Steueraufkommens. Bis 1980 stieg der Anteil der Steuereinnahmen der Lokalverwaltungen ständig an, von 6,4 Prozent 1960 auf 15,7 Prozent 1980. Seit 1980 hat jedoch das lokale Steueraufkommen kaum mit dem BIP Schritt gehalten, während das Aufkommen des Zentralstaats wieder stark überproportional zunahm.

Tabelle 3

Anteile der Steuereinnahmen am BIP

	1960	1970	1975	1980	1985
Zentralstaat					
indirekte Steuern	9,5	11,7	12,5	13,1	15,6 ¹⁾
direkte Steuern	8,4	10,2	10,0	6,3	7,2
zusammen	17,9	21,9	22,5	19,4	22,8
Steuern d. Lokalverwaltung	6,4	10,2	12,8	15,7	15,3

¹ exklusive payroll-taxes

Quelle: 1960 und 1970: eigene Berechnungen,
ab 1975 OECD Revenue Statistics,
OECD National Accounts

Das lokale Steueraufkommen besteht fast ausschließlich aus Steuern vom Einkommen. Die durchschnittlichen Sätze der lokalen Einkommensteuern stiegen von 14,6 Prozent 1960 auf 25,2 Prozent 1975 und 29,1 Prozent 1980. Seither gab es nur mehr eine geringfügige Erhöhung (1984: 30 Prozent).

Bei der Betrachtung der Einnahmenstruktur der schwedischen Lokalverwaltung fällt der im internationalen Vergleich hohe Anteil der eigenen Kommunal- und Provinzialsteuern auf.

Tabelle 4

Einnahmenstruktur der schwedischen Lokalverwaltung

	1972	1977	1980	1985	1986
	in Mrd. Kronen				
eigene Steuern	25,6	53,1	82,4	123,1	138,1
Überweisungen von der Zentralregierung	11,6	26,5	36,9	52,2	53,8
Überweisungen in % der eigenen Steuern	45,3	50,0	44,8	42,4	39,0

Quelle: OECD Revenue Statistics; OECD National Accounts;
1985 und 1986: Konjunkturinstitutet, The Swedish Economy, Autumn 1987, S. 128

Die Überweisungen des Zentralstaats an die Lokalverwaltung nahmen in den fünfziger Jahren im Verhältnis zu den eigenen Steuereinnahmen der Lokalverwaltung an Bedeutung zu⁶. 1977 erreichten die Überweisungen 50 Prozent der eigenen Steuereinnahmen. Seither sind sie jedoch wesentlich schwächer gestiegen und erreichten 1986 nur noch 33 Prozent des Lokalsteueraufkommens. Von den 53,8 Milliarden Kronen Überweisungen des Zentralstaates 1986 entfielen 10,8 Milliarden Kronen auf Überweisungen zum Ausgleich der unterschiedlichen Steuerkraft („Tax equalization grants“). Bei einem Durchschnittswert von 1430 Kronen pro Kopf weisen diese tax equalization grants eine starke Streuung auf, in Stockholm erreichen sie ca. 104 Kronen je Einwohner, in den nördlichen Provinzen steigt dieser Wert auf bis zu 5000 Kronen je Einwohner⁷.

Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik

In Schweden existieren zwei gegensätzliche Positionen in der wirtschaftlichen Struktur- und Regionalpolitik. Die eine geht davon aus, daß die Mobilität der Arbeitskräfte zu den Arbeitsplätzen hin zu fördern ist, was gleichzeitig auch die einzig realistische Lösung der Probleme am regionalen Arbeitsmarkt darstellen würde. Dieses Entwicklungsmuster sei betriebswirtschaftlich und kurzfristig auch volkswirtschaftlich am rentabelsten. Die andere Denkrichtung verlangt, daß die Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden müssen.

Die „realistische“ erste Variante ist mit relativ hohen Folgekosten verbunden und teilweise sogar inhuman. Die entgegengesetzte regionalpolitische Philosophie ist in ihrer idealtypischen Ausprägung illusorisch und weist auch gesellschaftlich regressive Züge auf. Eine allzugroße Immobilität ist auch in Hinblick auf einen erwünschten und notwendigen Strukturwandel kontraproduktiv. Die Rückschrittlichkeit einer extremen Immobilität ergibt sich daraus, daß sowohl interner als auch internationaler Austausch neben negativen Folgen auch große Fortschritte bewirkt haben.

Eine relativ offene Gesellschaft, wie sie aus der Entwicklung der Arbeitsteilung und der Mobilität in den letzten 100 Jahren hervorgegangen ist, stellt eindeutig einen historischen Fortschritt dar. Familiäre und soziale Kontrolle sowie provinzielle Enge haben vielfältige Abhängigkeiten hergestellt und tragen Mitverantwortung für eine vor allem in einigen Krisenregionen bis heute nachwirkende mangelnde soziale, kulturelle und ökonomische Dynamik.

Auf der anderen Seite hat der regionale Zentralisierungs- und Konzentrationsprozeß eine Reihe negativer Effekte produziert: Diese reichen von der ökologischen, sozialen und finanziellen Überlastung der Zentralräume bis zu den situativen Zwängen einer Übermobilität.

Einen Ausweg aus dem Dilemma der beiden gegensätzlichen Positionen stellt eine Komplementarität und Parallelität beider Entwicklungsmuster dar.

Eine strukturelle ökonomische Differenzierung unter Vermeidung krasser Polarisierung kann zur Milderung der Überentwicklung von Ballungsräumen beitragen und andererseits die Verarmung und Verödung peripherer Räume eindämmen.

Die Strukturkrise vieler schwedischer Großunternehmen und der zentralstaatlichen Industriepolitik zu Ende der siebziger Jahre hat zu intensiver öffentlicher Auftragsforschung über die Ursachen der negativen Gesamtbilanz der Wirtschaftspolitik und Strategien, wie aus dem Dilemma zu entkommen wäre, geführt. Schwerpunkte der industriepolitischen Forschungstätigkeit waren Branchenanalysen und Untersuchungen von Regionen und Gemeinden.

Das teilweise Versagen der offiziellen Politik hat zu einer Zunahme lokaler Initiativen geführt. Anfänglich wurden diese Aktivitäten zumeist in einem Spannungsfeld zwischen zentralen Großorganisationen der öffentlichen Hand, den großen Interessenvertretungen und unterschiedlichen lokalen Interessen entwickelt.

Ein Bewußtsein der Notwendigkeit von Koexistenz und Komplementarität verschiedener Eigentums- und Organisationsformen hat sich bei vielen Beteiligten herauskristallisiert⁸. Eine Pluralität von Initiativen ist kennzeichnend für dieses neue Muster örtlicher Wirtschaftspolitik geworden. Die Bandbreite von Aktivitäten, in deren Mittelpunkt Großkonzerne und öffentlich-private Gemeinschaftsinitiativen stehen, reicht bis zu genossenschaftlich- sowie selbstverwalteten Projekten. Inzwischen werden die meisten Aktivitäten in kooperativem Geist auf Basis der schwedischen Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft entwickelt. Die kommunale Wirtschaftspolitik neuerer Provenienz ist ohne „lokale Mobilisierung“ nicht mehr denkbar⁹.

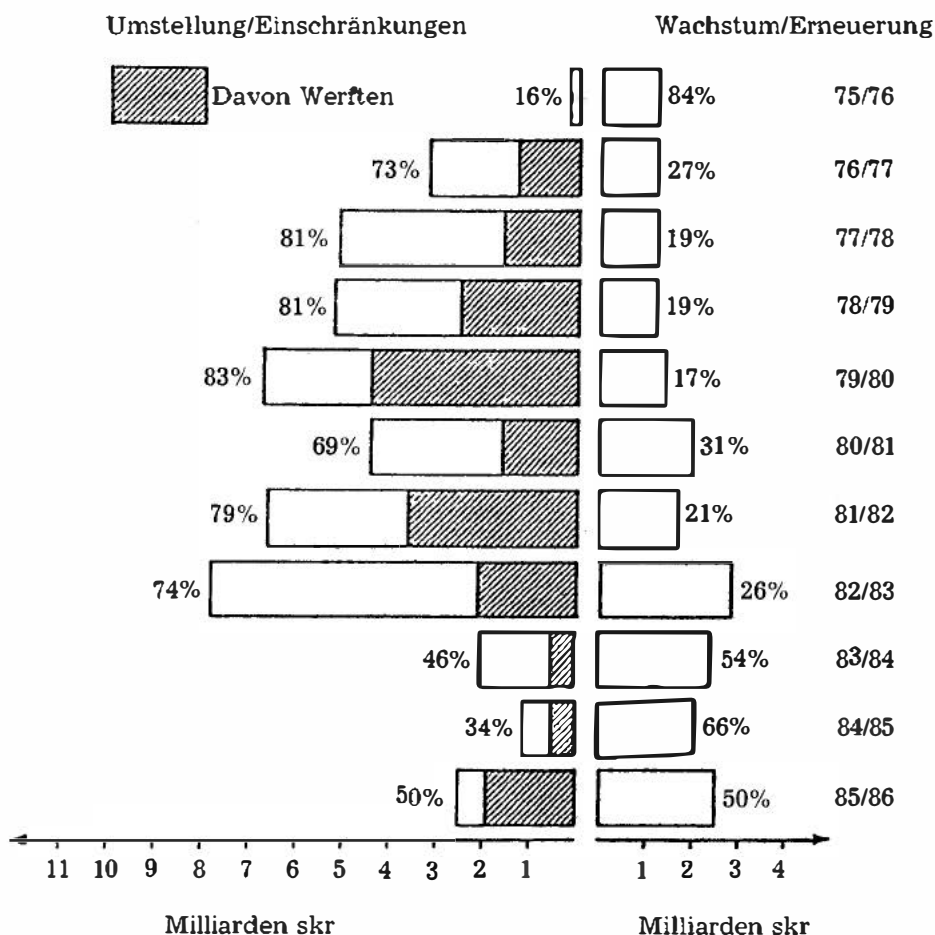
Eine horizontale Vernetzung wirtschaftlicher Aktivitäten wurde als Ergänzung zum vertikalen, zentralistischen Organisationsmuster herausgebildet¹⁰. In kleineren Gemeinden ist die genossenschaftlich-kooperative Strategie ein häufiges Element dieser Entwicklung geworden, während in den Ballungsräumen öffentliche Großorganisationen, Großunternehmen und die große Interessensorganisationen die tragenden Säulen der regionalen Wirtschaftskooperation sind.

Die lokale Wirtschaftspolitik stellt teilweise eine Antithese zu den Grundwerten des traditionellen schwedischen Wohlfahrtsstaates dar. Selbstsicherheit und Handlungsfähigkeit werden im Unterschied zur oft passivierenden, von oben organisierten Sicherheit gefördert, wovon wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Impulse der Erneuerung ausgehen.

Die Renaissance der Kleinunternehmen, Mitarbeiterbeteiligung und Entbürokratisierung sind weitere Vorbedingungen der Entfaltung des lokalen Aktivitätspotentials: Die Gewerkschaften haben sich dieser vielfältigen Strategie in den achtziger Jahren zunehmend geöffnet und sind zu einem wichtigen Träger dieses Politikansatzes geworden.

Abbildung 1

**Industrieförderung 1975/76–1985/86,
aufgeschlüsselt nach Ausgaben für defensive und offensive
Maßnahmen
(auf Preisbasis 1980)**



Umstellung/Einschränkungen = keine Dauersubventionierung + Branchenförderung

Wachstum/Erneuerung = Förderung von Forschung und Entwicklung + regionalpolitische Förderungen + Exportstützung + Förderung von Kleinunternehmen.

Die Erhöhung der defensiven Förderungen im Budgetjahr 1985/86 geht ganz auf für außerordentliche Zuschüsse von 2 Milliarden skr an schwedische Werften für Stilllegungskosten und die Einlösung von Obligationen aus 1983.

Quelle: Svensk industri och industripolitik, 1987, S. 11

Staatliche Wirtschaftsförderung

Die industriellen Förderungen wurden in den siebziger Jahren stark ausgeweitet. In den Jahren vor der Strukturkrise wurden Förderungsmittel für die Industrie überwiegend für Wachstum und Erneuerung aufgewendet. Insgesamt war das Ausmaß dieser Subventionen relativ gering; ab 1976/77 ist sowohl eine starke Ausweitung des Förderungsvolumens wie auch der finanziellen Mittel für Umstellung und Schließung von Betrieben vorgenommen worden. 1982/83 stellt in dieser Hinsicht einen Höhepunkt dar. In dieser Periode wurden insgesamt fast 11 Milliarden Kronen für Industrieförderung aufgewendet, davon fast 75% für strukturerhaltende Maßnahmen. Ab 1983/84 erfolgte eine drastische Zurücknahme der vorwiegend strukturkonservierenden Förderungspolitik. 1985/86 erfolgte eine neuerliche Ausweitung der Industriestützungen.

Die Region Norbotten stand aufgrund der Probleme in der Stahlindustrie und im Eisenerzbergbau in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit Abstand an erster Stelle, gefolgt von der Region Göteborg, die wegen der Werftenkrise schwerwiegende Probleme aufwies. Insgesamt flossen an Förderungsmitteln pro Einwohner 20.000 Kronen im Durchschnitt der Jahre 1976–1980 in die nördlichste Region Norbotten. Die Region Stockholm dagegen erhielt bloß etwas über 2000 Kronen im Jahr an Förderungsmitteln/Einwohner. Der Landesdurchschnitt lag unter 5000 Kronen¹¹.

Die Administration der *regionalen Entwicklungsförderung* wird überwiegend gemeinsam von den Verwaltungsbehörden einer der 24 Regionen und dem staatlichen Industrieamt durchgeführt. Nur in Ausnahmefällen wird die Entscheidung über Betriebsansiedlungen, Förderungen und Darlehen von der Zentralverwaltung allein getroffen.

Zur Beeinflussung von Investitionsentscheidungen großer Industrieunternehmen (mit mehr als 500 Beschäftigten) ist zwischen der Regierung und dem schwedischen Industrieverband ein Übereinkommen geschlossen worden, daß eine spezielle Abteilung im Industrieministerium über Investitionspläne informiert werden muß. Seit der Einführung der Regionalpolitik in Schweden Anfang der sechziger Jahre hat eine Kompetenzerweiterung bei den Regionalverwaltungen von qualitativer Bedeutung stattgefunden. Bereits in der ersten Phase war diese Verwaltungsebene für Regionalpolitik zuständig, hat sich aber auf die Identifikation von Problemen durch Analysen und Prognosen sowie auf Programme und Empfehlungen beschränkt. Inzwischen sind die Regionalbehörden in vielen Bereichen zu konkreten Umsetzungsinstanzen geworden.

Grundlegend im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung ist die Abgrenzung regionaler Entwicklungsgebiete, für die ein Zuschuß gestaffelt von 20, 35 und 50 Prozent zu den Investitionskosten finanzielle Anreize für Industrie und Dienstleistungen gibt. Außerhalb dieser drei Gebietstypen können befristet 15–20 Prozent der Investitionskosten ersetzt werden.

In den Jahren nach 1979 umfaßten diese Förderungsgebiete 30 Prozent der schwedischen Bevölkerung und 77 Prozent der Landesfläche. Nach 1982 wurden diese Territorien auf 62 Prozent mit einem Einwohneranteil von 13,5 Prozent eingeschränkt. Diese Verkleinerung des Förderungsgebietes bei gleichzeitig stärkerer Prioritätensetzung in den verbliebenen Regionen soll eine Konzentration auf diese Gebiete mit schwerwiegenden Dauerproblemen ermöglichen.

Insgesamt ist seit Ende der siebziger Jahre ein Übergang von der bloßen finanziellen Förderungspolitik zu organisatorischen und finanziellen Maßnahmen, insbesondere im Technologie-, Forschungs- und Organisationsbereich festzustellen.

Ein weiteres regionales Förderungsinstrument stellt die Beschäftigungsbeihilfe dar. Bei der Anstellung zusätzlicher Arbeitskräfte wird jährlich (in abnehmender Höhe) durch sieben Jahre ein Lohnzuschuß gewährt, dessen Höhe und Zuerkennungsdauer abhängig vom Standort des Betriebes sind. In den letzten zehn Jahren hat sich der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung immer mehr zur Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung verschoben. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der schwedischen Industrie konzentrieren sich auf die großen Konzerne. Zwei Drittel der F & E-Aufwendungen der Unternehmungen werden von den zehn größten Unternehmungen getätigt. Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten bestreiten fast 95 Prozent der industriellen F & E-Ausgaben. Die Unternehmungen mit weniger als 200 Beschäftigten – diese repräsentieren ungefähr 27 Prozent der Industriebeschäftigten – hatten einen Anteil von nur 1,6 Prozent an den gesamten Aufwendungen der Industrie für Forschung und Entwicklung¹².

Diesen Betrieben wird in den letzten Jahren in der schwedischen Industriepolitik größere Bedeutung zugemessen, den sie erfüllen eine Reihe wichtiger Funktionen: hoher regionalpolitischer Stellenwert, große Anpassungsfähigkeit, starke Dynamik und aufgrund der Kleinheit relativ geringe Folgeprobleme im Falle einer Stilllegung. Die Schwächen dieses Sektors, welche in den Bereichen technologische Information, Spezialkenntnisse und -ausbildung sowie Risikokapitalbasis liegen, bildeten die Ansatzpunkte der öffentlichen Förderungsmaßnahmen.

Einen Schwerpunkt innerhalb der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe bilden die „technologiezentrierten Unternehmungen“, vor allem aufgrund ihrer langfristig großen innovativen Bedeutung für die Gesamtwirtschaft, die zufolge möglicher Diffusionswirkungen weit über ihre Größe, Anzahl und unmittelbare Beschäftigungswirkung hinausreicht.

Für diesen Sektor von Klein- und Mittelunternehmungen sind eine größere Zahl von öffentlichen Förderungsinstrumenten auf zentral-staatlicher wie auf regionaler und kommunaler Ebene geschaffen worden:

- Die 24 regionalen Entwicklungsfonds in allen Provinzen, deren Träger Zentralstaat und Provinzen sind. Das staatliche Industrieamt

(SIND) führt die Aufsicht über diese Fonds. Bereits bestehende oder in Neugründung befindliche kleine und mittelgroße Firmen mit technischer Orientierung sollen in erster Linie durch finanzielle Unterstützung sowie zur Entwicklung neuer Produkte und Produktionstechniken gefördert werden. Die andere Art der Unterstützung erfolgt durch Dienstleistungen der technischen Beratung und Marktanalysen. Der Tätigkeitsbereich der regionalen Entwicklungsfonds wurde auf Basis einer Studie des SIND, die die Beratungsbedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe erhob, entwickelt. Dazu gehört auch die Herstellung von Verbindungen zwischen Betrieben, Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie die Entwicklung von Prototypen;

- Die staatliche Stelle für technische Entwicklung (STU). Diese Institution gibt Unterstützungen beim Erwerb von neuen Technologien in Form von Krediten, Subventionen, Beiträgen oder durch Beratung und Ausbildung. Aufgabe dieser Einrichtung ist die Förderung von Entwicklung und Prototypen sowie Hilfe bei Betriebsgründungen;
- Das nationale Mikroelektronikprogramm (NMP) unterstützt vor allem die technologiezentrierten Klein- und Mittelbetriebe durch Ausbildung, Forschung und technische Entwicklungsarbeit. Im NMP sind drei Arbeitsbereiche enthalten: Die Entwicklung von Komponententechnologie und Basiskenntnissen, die Umsetzung der Technologie in Maschinen- und Programmsysteme und in Kooperation zwischen Sozialwissenschaftlern und -technikern werden die Folgewirkungen der Informationstechnologie auf die Gesellschaft untersucht. Mit dem Zweck einer verstärkten lokalen Wirtschaftsentwicklung wurde auch eine größere Zahl von Investmentgesellschaften, die ebenfalls öffentlich mitfinanziert sind, gegründet.

In Kooperation zwischen der Verwaltung der Kommunen, der Provinzen und des Staates, den Bildungseinrichtungen und den Großkonzernen sowie den Mittel- und Kleinbetrieben wurden sogenannte „Entwicklungs- und Technologiezentren“ errichtet. Deren Schwerpunkte sind computergestützte Informationssysteme, lokale Datenpools, Roboterentwicklung, CAD/CAM-Technologie, flexible Fertigung, Mikroelektronik, Werkstofftechnologie, Produktionstechnologie in verschiedenen Sparten, regionale Informationssysteme, Biotechnologie, sozio-technische Gestaltung des Arbeitsprozesses, Ergonomie, industrielles Design, Konferenz- und Ausbildungsservice, Fremdenverkehr.

In den letzten Jahren sind in Schweden mehrere hundert solcher Entwicklungs- und Verbreitungszentren bzw. Filialen mit dem Ergebnis geschaffen worden, sodaß es über das Land verteilt im Durchschnitt eine Einrichtung bzw. Initiative dieser Art pro Gemeinde gibt bzw. im Aufbau begriffen ist.

Dezentralisierung, Bildung, Wissenschaft und Forschung

Ende 1986 veröffentlichte das staatliche Industrieamt (SIND) gemeinsam mit dem Zentralamt für Universitäts- und Hochschulwesen (UHÄ)

einen Bericht zum Thema „Klein- und mittelgroße Hochschulen als regionale Qualifikationszentren?“. Ausgangspunkt des Berichts ist ein Zukunftsszenario, das im Falle einer unbeeinflussten ökonomischen Entwicklung folgendes räumlich-sozialökonomische Muster ergibt: eine hochtechnologische Computergesellschaft, in der Wissen und Kontakte wichtiger wären als traditionelle Maschinenstrukturen. Das Wachstum würde sich noch stärker um die sechs Universitätsregionen (Stockholm, Uppsala, Umea/Lulea, Göteborg, Lund/Malmö, Linköping) konzentrieren, während der große Rest des Landes zur strukturschwachen, verarmten Peripherie herabsinken würde. In den großen Universitätszentren arbeitet die hochausgebildete, hoch entlohnte und kreative Bevölkerung. In der Peripherie stagniert die Entwicklung, die Arbeitslosigkeit wächst und die informelle Ökonomie mit Austausch von Waren und Dienstleistungen breitet sich aus. Das System der Kollektivverhandlungen auf dem Arbeitsmarkt bricht zusammen.

Um dieser problematischen Entwicklungstendenz entgegenzuwirken, wird in der Regionalpolitik der Zusammenhang zwischen Bildungs- und Forschungspolitik und Regionalentwicklung verstärkt berücksichtigt¹³. Es wurden Maßnahmen zu einer Dezentralisierung der Universitäten und der mittleren Aus- und Weiterbildungseinrichtungen gesetzt.

Die Funktion der kleinen und mittleren Hochschulen bei der Technologieverbreitung besteht sowohl in ihren eigenen Tätigkeiten als auch in ihrer Rolle als Verbindungsglied zu größeren Hochschulen und Universitäten.

In die Kategorie der kleinen und mittleren Hochschulen („regionale Hochschulen“) fallen 14 staatliche Hochschulen, die über keine fix garantierten Forschungsressourcen verfügen.

In der Hochschulreform 1977 gab es zwei Positionen: Die Befürworter einer Dezentralisierung betonten die Bedeutung der kleinen und mittelgroßen Hochschulen für die regionale Entwicklung und deren Erneuerungsfunktion im gesamten Hochschulsystem, die Gegner die Zersplitterung der Ressourcen und den Verlust an Qualität in kleinen Einheiten. Die Ziele der Hochschulreform 1977 sind eine bessere Bedarfsanpassung der Ausbildung, eine stärkere Verbindung zum Arbeitsleben sowie eine Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten der verschiedenen sozialen Schichten. Ein wichtiger Teil der Reform war die Errichtung der regionalen Fach-Hochschulen, in denen die nachgymnasialen Ausbildungsformen vereinheitlicht und zusammengefaßt wurden. Der Reichstag beschloß 1977, daß 14 neue Orte – oder Doppelorte – staatliche Fach-Hochschulen, erhalten sollten. Diese sollen den Zugang zur höheren Ausbildung durch erweiterte Zugangsbestimmungen, Studienförderungsmaßnahmen sowie Verbreiterung und Differenzierung des Angebots an Ausbildungsgängen erreichen. Wiederkehrende Ausbildung soll zu einem wesentlichen Prinzip der Nutzung der Hochschulen werden. Ein vergrößerter Einfluß von Gesellschaft und Arbeitswelt in den Entscheidungsorganen soll zur Entwicklung der Hochschulen in die gewünschte Richtung beitragen. Anfangs gab es vor allem Wider-

stand von Seiten der etablierten Universitäten. Inzwischen werden die Fach-Hochschulen kaum mehr in Frage gestellt.

Durch die ökonomische und industrielle Krise Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre richtet sich die Aufmerksamkeit in einem starken Ausmaß auf die direkte Bedeutung der Ausbildung für die zukünftige ökonomische Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die regionale Ausgewogenheit. Aufgrund der vorhergegangenen Gründungsperiode der meisten Regionalhochschulen ist ein Vergleich mit den überregionalen Universitäten und Hochschulen erst ab 1980/81 sinnvoll.

Tabelle 5

Anzahl der Studienplätze für Anfänger an den Hochschulen 1980/81 und 1985/86, nach Fächergruppen und Hochschularten

	regionale Hochschulen		übrige Hochschulen	
	1980/81	1985/86	1980/81	1985/86
Technik	814	1.697	4.973	6.400
administrative, ökonomische und soziale Studien	1.734	2.263	6.707	7.264
Pflege	—	—	1.878	1.957
Unterricht	3.313	2.520	8.569	7.123
Kultur/Information	431	460	1.753	1.892
insgesamt	6.292	6.940	23.880	24.636

Quelle: SIND PM 1986: 7, S. 9

Die Anzahl der Studienanfängerplätze innerhalb des Technikbereiches und der administrativen, ökonomischen und sozialen Ausbildungsrichtungen hat deutlich zugenommen. Während noch Anfang der achtziger Jahre die Regionalhochschulen von der Lehrausbildung dominiert wurden, konnten inzwischen andere Studienrichtungen (insbesondere die technischen) deutlich an Boden gewinnen. Bei dieser Entwicklung spielten die örtlichen und regionalen Anforderungen und die Ausbildungseinrichtungen eine zentrale Rolle. Im Unterschied zu den allgemeinen Ausbildungsrichtungen, für die der Zentralstaat zuständig ist, liegt die rechtliche und finanzielle Kompetenz für die Einrichtung von lokalen Ausbildungsstätten bei den Regionalhochschulen selbst bzw. bei den Provinzialregierungen. Diese Art der regional angepaßten Hochschulcurricula wurde ebenfalls durch die Hochschulreform von 1977 geschaffen.

Das Technikstudium an den Regionalhochschulen ist eine Ausbildungsform zwischen technischen Mittelschulen und technischen Universitäten österreichischen Typs. Die wichtigsten technischen Ausbildungsrichtungen an den Regionalhochschulen sind Industrieelektro-

nik, Computertechnik sowie moderne Konstruktions- und Produktionstechnik.

Die Tätigkeit der Fachhochschulen beschränkt sich ebensowenig wie die der Universitäten auf ihre Standorte. Durch extern abgehaltene Kurse und Fernstudien ist in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Gemeinden, Interessenorganisationen und Erwachsenenbildungseinrichtungen ein feinmaschiges Aktivitätsnetz ausgebaut worden. Zwei der 24 Regionen verfügen zwar über keine eigenen Hochschulen, aber über verschiedene Arten dezentralisierter Ausbildung in Verbindung mit den Hochschulen. Der relativ hohe Entwicklungsstand des schwedischen Grund- und Mittelschulsystems und der Erwachsenenbildung (ein Netz von Heim-Volkshochschulen, einigen hunderttausend „Studienzirkel“ und der große Sektor der kommunalen Erwachsenenbildung im schulischen Bereich) sowie die lokalen und betrieblichen Gruppen der sog. „Volksbewegungen“ („Folkrörelser“ – Gewerkschaften, Freikirchen, Arbeiterparteien, Genossenschaftsbewegungen u. a.) und Unternehmensverbände bilden den gesellschaftlichen Hintergrund der Bildungs Offensive.

Verlagerung von Zentralbehörden

Das schwache Wachstumspotential des Industrie- und Dienstleistungsbereichs in den Agrar- und Waldgebieten konnte die Abnahme des primären Sektors nicht ausgleichen. Die lokale und regionale Nachfrage nahm mit den Abwanderungen rasch ab. Zwischen 1972 und 1980 wurden ca. 10.000 Dienstposten der zentralstaatlichen Verwaltung Stockholms aus der Region Stockholm in andere Teile Schwedens verlagert. Dies waren ungefähr 25 Prozent der in den zentralstaatlichen Behörden der Hauptstadt Beschäftigten¹⁴. Nach umfangreichen Untersuchungen der staatlichen Verwaltung in Stockholm und Vorbereitungsmaßnahmen wurden 15 Zentren, 11 mit einer Regionsbevölkerung von 80.000 bis 125.000 Einwohnern und 4 Städte mit einer Regionsbevölkerung von 40.000 bis 55.000 Einwohner ausgewählt. Als geeignet für die Verlagerung wurden 4 Gruppen öffentlicher Dienstleistungen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen erachtet. So wurden z. B. 5 Behörden mit ca. 1500 Angestellten nach Norrköping verlagert, einem Zentrum der alten Textilindustrie. Bestandteil dieser Strategie ist auch die Dezentralisierung der Universitäten und Hochschulen von 6 Standorten auf 23.

Die Stärkung der Gemeinden in der schwedischen Arbeitsmarktpolitik

Die schwedische Gemeinde- und Provinzialverwaltung hat im Zuge der staatlichen Dezentralisierung bedeutende Aufgaben im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung erhalten. Ein beträchtlicher Teil der zu Ende

der siebziger Jahre aufgrund der Strukturkrise wieder stark ausgeweiteten Arbeitsmarktpolitik wird im Rahmen kommunaler beschäftigungs- und ausbildungspolitischer Maßnahmen praktiziert.

Insgesamt wurden mit stark ansteigender Tendenz (bis Anfang 1984) seit Beginn der siebziger Jahre zwischen 93.000 und 218.000 Menschen jährlich durch verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschäftigt oder ausgebildet.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfolgten häufig in Kooperation zwischen den Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung und den Gemeinden. In der Arbeitsmarktpolitik haben die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung seit 1975 an Bedeutung gewonnen. Dabei wurden insbesondere die Maßnahmen zur Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte ausgeweitet.

Tabelle 6

**Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Schweden
1970–1986
(Jahresdurchschnitte in Tausend)**

Maßnahme	1970	1975	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Innerbetriebliche Weiterbildung	4,9	8,0	1,9	2,2	2,9	2,6	2,8	3,4
Berufliche Weiterbildung insges.	33,7	34,9	34,1	37,3	40,9	39,7	36,2	37,3
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	14,6	16,6	24,8	43,1	58,8	43,6	25,1	19,2
Lohnkostenzuschüsse für Schwervermittelbare*	1,3	8,3						
Berufliche Rehabilitation	8,3	14,3	31,6	34,0	36,0	37,3	39,4	40,1
Maßnahmen für Schwervermittelbare insgesamt	2,1	3,3	3,8	4,6	4,8	4,9	5,1	5,3
Jugend-ABM (16–17 Jahre)	22,5	41,9	58,0	62,0	65,4	67,5	70,9	73,0
Jugend-ABM (18–19 Jahre)				4,3	15,8	16,4	16,0	11,0
Einstellungszuschuß						30,5	30,5	23,7
Insgesamt						20,6	14,6	9,5
Erwerbspersonen	70,8	93,4	115,9	146,7	180,9	218,3	193,3	173,7
Arbeitslose	3.913	4.129	4.330	4.356	4.375	4.391	4.424	4.385
Arbeitslosenquote	59	67	108	137	151	136	125	117
Beschäftigte	1,5	1,6	2,5	3,2	3,5	3,1	2,8	2,7
	3.854	4.062	4.222	4.219	4.223	4.255	4.299	4.269

* Bis 1978 handelte es sich um zwei Maßnahmen: Halbbeschützende Werkstätten und Archiv/Dokumentationsarbeiten

Quelle: Arbeitsmarktnadsdepartementet

Ungefähr 85 Prozent der Absolventen der neunjährigen Grundschule (7 bis 15 Jahre, Gesamtschule) besuchen eine weiterführende Schule der Gymnasialstufe. Die Fachausbildung (2 bis 3 Jahre, entspricht unserer Lehrausbildung) ist ein Teil der maximal fünfjährigen Gymnasialstufe. Die Altersgruppe der 16–17-jährigen ist daher nur schwach am Arbeitsmarkt vertreten. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ab dem 18. Lebensjahr war bis vor wenigen Jahren relativ hoch. Gegen diese Jugendarbeitslosigkeit wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. 1976 wurde den Gemeinden und damit den Schulen die gesetzliche Verantwortung für die Jugendbeschäftigung bzw. die weitere Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr auferlegt. Seit 1984 gilt diese Regelung bis zum 20., für bestimmte Behindertengruppen sogar bis zum 24. Lebensjahr. 1984 und 1985 waren jeweils über 46.000 Jugendliche im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt.

In Schweden übersteigt die Zahl der Arbeitsämter (319) die der Gemeinden. Seit 1987 wurden die Arbeitsmarktausschüsse auf Bezirksebene von kommunalen Ausschüssen abgelöst, um eine stärkere lokale Orientierung der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten zu ermöglichen. In diesen Steuerungsgremien sind Vertreter der Arbeitsämter, der Gemeinden, jeweils ein Vertreter der Interessenvertretung der Arbeitgeber sowie der 3 gewerkschaftlichen Dachorganisationen entsendet. Vorsitzender ist jeweils ein leitender Beamter des Vorstands der Arbeitsmarktverwaltung der Provinz.

Neue Ansätze kommunaler Wirtschaftspolitik

In den letzten Jahren wurde auf kommunaler Ebene ein neuer Ansatz der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik entwickelt. Arbeits- und Studiengruppen, bestehend aus lokalen Funktionären und Experten (von durch Arbeitslosigkeit gefährdeten Unternehmungen und Beschäftigungsgruppen), gestalteten in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern regionaler Hochschulen und Universitäten Wirtschaftskonzepte für ihre Gemeinde.

Die Spannweite dieser Konzepte reicht von Maßnahmen zur Industrieansiedlung über die Förderung von ortsansässigen Klein- und Mittelbetrieben sowie von neuen Kleinunternehmungen privater und genossenschaftlicher Art bis zur Förderung sozialer und kultureller Initiativen. Die kommunale Wirtschaftspolitik findet je nach Gemeindetyp sehr unterschiedliche Aufgabenstellungen vor. Ökonomische Struktur (Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige), Einwohnerzahl, geographische Lage sowie die Qualifikationsstruktur der Bewohner sind die wichtigsten Determinanten des kommunalen Entwicklungskonzeptes.

Fallbeispiel: Göteborg

Die zweitgrößte Stadt Schwedens, Göteborg (rund 700.000 Einwohner) wurde durch die Krise der Textilindustrie und der Werften in Mitleidenschaft gezogen. Mit ungefähr 80.000 Beschäftigten spielt die Industrie in dieser Stadt die größte Rolle (Exportquote 60 Prozent). Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich von Anfang der siebziger Jahre um 10.000 auf 20.000 zu Ende der siebziger Jahre. Inzwischen hat diese Stadtregion die Talsohle ihrer wirtschaftlichen Strukturkrise durchschritten. Die kommunale Wirtschaftspolitik Göteborgs spiegelt den Wandel in der gesamten schwedischen Wirtschaftspolitik wider, von einer vorwiegend auf finanzielle Förderungsmaßnahmen konzentrierten Orientierung hin zu einem wesentlich differenzierteren Instrumentarium, in dessen Mittelpunkt Forschungs-, Technologiepolitik, Organisationsentwicklung und Beratungstätigkeit stehen. Als Reaktion auf die krisenhafte Entwicklung seit 1976 wurden in Göteborg ein Wirtschaftssekretariat und 1978 ein regionaler Entwicklungsfonds geschaffen.

Ein Problem der beiden Institutionen bestand darin, daß sich das Wirtschaftssekretariat zu stark auf das bloße Initiieren von Projekten beschränkte und die Durchführung an andere Einrichtungen delegierte. Inzwischen wird der Erfolgskontrolle eine größere Bedeutung beigemessen. Eine weitere Aufgabe besteht im Finden eines Ausgleichs zwischen den Interessen der Stadt Göteborg und des regionalen Umlandes. Der regionale Entwicklungsfonds soll dazu beitragen, die Kluft zwischen der Agglomeration Göteborg und ökonomisch-strukturell benachteiligten Teilen dieser Region zu verringern.

Zwei Rahmenprojekte waren maßgeblich für die Industriepolitik dieser Region: das „Unternehmensentwicklungs-Projekt“ und das „regionale Elektronikprojekt“ („REGEL“).

Die beiden wichtigsten Großkonzerne der Region (Volvo, SKF) bildeten den Motor des Unternehmensentwicklungs-Projekts. Gemeinsam mit dem schwedischen Arbeitgeberverband (SAF), dem kommunalen Wirtschaftssekretariat, dem regionalen Entwicklungsfonds, Management-Beratern und den Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften (LO und TCO) wurde eine Gruppe konstituiert, die in Zusammenarbeit mit einigen Banken 26 Unternehmen für dieses Projekt auswählte. Eine Beratergruppe führte eine Untersuchung der Schwachstellen in diesen Unternehmen durch und entwickelte Unternehmensstrategien. Die Kommune und Volvo finanzierten diese Aktivitäten im Verhältnis 1:2. Volvo und SKF stellten ihre Laboratorien zur Verfügung. Aus dieser Hilfe erwuchsen den Kleinindustrien keine Kosten. Eine Befragung der Unternehmungen ergab, daß die Hälfte positive Resultate feststellen konnten.

Das zweite Projekt „Regionale Elektronik“ entstand 1980 im Anschluß an eine Studie, die die große Bedeutung der Mikroelektronik für diese westschwedische Region ermittelte und Kooperationen zwischen Unternehmungen dieses Bereichs sowie mit anderen Industrie-

Übersicht

Kommune	Einwohnerzahl	Ursache	1. Initiator 2. Partner	Effekte/Resultate
<i>Göteborg</i>	400.000	Werftenkrise	1. Volvo 2. Entwicklungsfonds Wirtschaftssekr. Innovationszentrum SKF Volvo	– Katalog und Struktur der Mikroelektronik-industrie – Joint-ventures
<i>Katrineholm</i>	32.000	Vorbeugung	1. beteiligte Unternehmen 2. Kommune, Entwicklungsfonds und 18 Unternehmen	– Einkaufsrabatte – Marketing – Beschäftigungssteigerung
<i>Kiruna</i>	30.000	Konjunkturrückgang 1978	1. Vereinigung der Handwerksbetriebe 2. Unternehmen und Entwicklungsfonds	– Umsatzsteigerung – die beteiligten Unternehmen kaufen norwegische Unternehmen
<i>Kalix</i>	20.000	Konjunktur-einbruch	1. Gewerkschaften 2. Gewerkschaften, Kommune, Entwicklungsfonds, Unternehmen, Wirtschaftssekretariat	
<i>Mora</i>	17.500	Gefahr der Liquidation	1. Kommune 2. Kommune, Entwicklungsfonds, Unternehmen	– Umsatz- und Beschäftigungssteigerung – bessere Kontakte zwischen Unternehmen
<i>Norberg</i>	6.500	Liquidation	1. Kommune und Berater 2. Kommune, Berater, Entwicklungsfonds	– Unternehmensneugründungen – Kommune wird bekannt
<i>Målerås</i>	300	Gefahr der Liquidation	1. Glashütte 2. Glashütte, Unternehmen, Kommune finanziell	– Rettung der Glashütte – Unternehmensneugründungen

Quelle: Wolff, R., Von kommunalen Krisen zu kommunaler Industriepolitik, Schweden 1985

unternehmungen initiierte. Die Projektleitung wurde einem regionalen Produktentwicklungszentrum übertragen. Die Funktion dieses Produktentwicklungszentrums besteht darin, Forschung und Produktion zu integrieren, um rascher technische Neuerungen und Produktideen ökonomisch zu nützen. Dessen Dienstleistungsangebot beinhaltet u. a.

- Angebot technischer Kenntnisse, Leitung von Projekten zur Ideengewinnung, Konstruktion, Design, technische Zeichnungen, Herstellung von Prototypen und technische Messungen
- Untersuchung von Produktideen zur Erreichung von Marktreife, technische Qualität und ökonomische Realisierbarkeit
- Unterstützung bei Patentfragen, Gebrauchsmusterschutz und Lizenzen.

Andere Beispiele kommunaler Initiativen

Göteborg ist aufgrund der Größe und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Stadt das spektakulärste Beispiel für wirtschaftspolitische Initiativen auf kommunaler Ebene, aber nicht das einzige. Einen Überblick über ähnliche Bemühungen in mittelgroßen Städten und kleinen Gemeinden gibt die nachstehende Übersicht.

Kommunale Perspektiven

Das 1973 gegründete „Sekretariat für Zukunftsstudien“ hat neben Forschungsprojekten über die zukünftige Arbeitswelt, Schwedens internationale Rahmenbedingungen, Ressourcen und Rohstoffe, Energie und Gesellschaft, Zukunft sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen, Schweden in der neuen Weltwirtschaftsordnung, auch eine Studie über die Zukunft der Gemeinden erstellt.

Die Zielsetzungen dieses Projektes waren folgende:

- zukunftsgerichtetes Denken in den Gemeinden zu entwickeln, um die lokale Gesellschaftsdiskussion und die kommunale Planung zu fördern
- kritische Analysen gesellschaftlicher Veränderungen sowie Zukunftsszenarien der beteiligten Gemeinden. Der Zeithorizont erstreckte sich über das Jahr 2000 hinaus.
- nationale Zukunftsbilder für die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung unter Berücksichtigung verschiedener Entwicklungsvarianten des Landes.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Projektes waren Wirtschaft und Arbeit, soziale Dienste und Kultur. Eine darüber hinausgehende Perspektive ist die Rolle der Gemeinden im öffentlichen Sektor.

Eine zentrale Dimension dieser umfassenden Studie besteht darin, daß im Anschluß an die analytische Phase gesellschaftliche Experimente in den beteiligten Städten und Gemeinden realisiert werden. Ausgehend von der jeweiligen sozialen und ökonomischen Struktur und den artikulierten Bedürfnissen wurden unterschiedliche Schwer-

punkte der sozialen Experimente gesetzt. Auch Göteborg nimmt an diesem Programm teil.

In der mittelschwedischen Industrie- und Dienstleistungsstadt Eskilstuna (ca. 120.000 Einwohner), die noch immer von der industriellen Strukturkrise der siebziger Jahre gezeichnet ist, steht die Erprobung des 6-Stunden-Tages im Mittelpunkt des Feldversuches. Dieses Projekt war der einzige Versuch, der auf starken Widerstand der überregionalen Interessenverbände stieß.

In der mittelschwedischen Stadt Örebro wurden spezielle Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche bis zum 24. Lebensjahr realisiert (landesweit gilt die Anstellungsgarantie in den Gemeinden nur bis zum 20. Lebensjahr). Einen zweiten administrativen und wirtschaftlichen Schwerpunkt in dieser Stadt stellt die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für die wirtschaftliche Entwicklung und die städtische Demokratisierung dar. Stadtteildemokratisierung unter Einsatz einer lokalen Rundfunkstation war ein Teil der Experimentaltätigkeit.

In den kleinen Gemeinden Övertornea und Gnosjö werden ausgehend von den unterschiedlichen ökonomischen Strukturen unterschiedliche Strategien eingeschlagen. In der traditionellen Agrar- und Kleingewerbe-gemeinde Övertornea wurden ökologische Gemeinde- und Landwirtschaftsentwicklung, Weiterentwicklung der traditionellen Kleingenossenschaften und Tourismusförderung als zentrale Ansatzpunkte bzw. Alternativen zu Abwanderung und Arbeitslosigkeit eingesetzt.

Die traditionelle Kleingewerbe-gemeinde Gnosjö hat sich zum Ziel gesetzt, das lokale, soziale und ökonomische Netzwerk zu entwickeln. In beiden Gemeinden haben die Entfaltung und Erneuerung des traditionellen kulturellen Lebens besondere Bedeutung.

In Eskilstuna hat die Zusammenarbeit zwischen der Hochschule Eskilstuna/Västerås und dem lokalen Wirtschaftsleben in jüngster Zeit eine besondere Rolle gespielt. Eine Zielsetzung dabei war es, der anfänglich skeptisch-ablehnenden Haltung der lokalen Betriebe gegenüber den neuen Technologien entgegenzuwirken.

Die Entwicklung des staatlichen Versuchs der „freien Gemeinden“ ist eine weitere Form dieser Experimente auf kommunaler Ebene. An diesem bisher größten Projekt, das vom Sekretariat für Zukunftsstudien initiiert wurde, nehmen in den Gemeinden viele Organisationen und Gruppen von Bürgern, Erwachsenenbildungsverbände, Gewerkschaften, Freikirchen und Alternativgruppen teil.

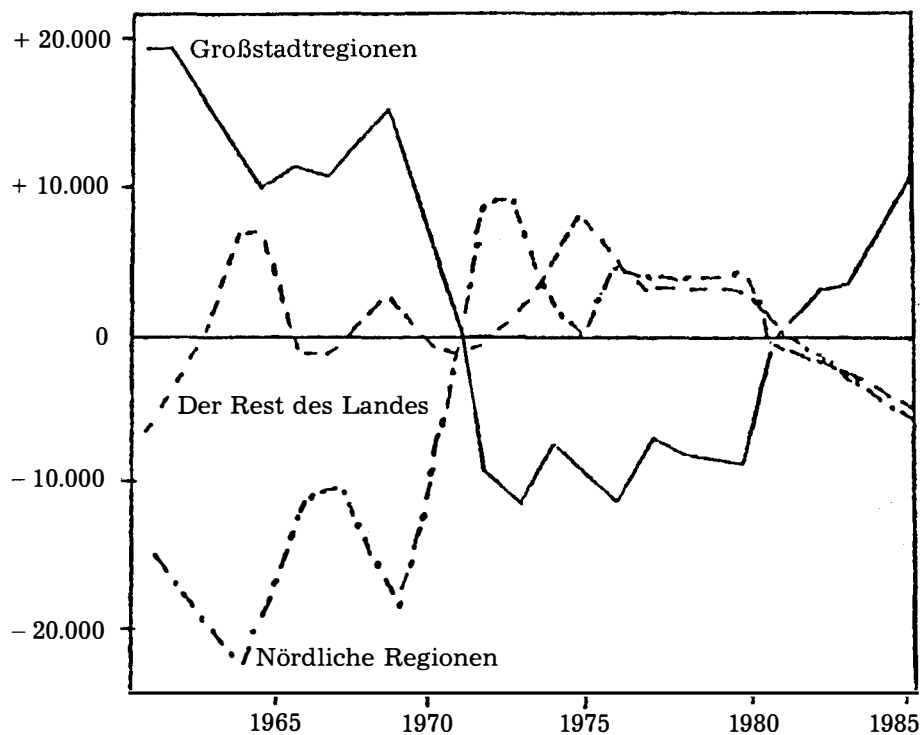
Um die verwaltungsrechtlichen Bedingungen für den Aufbau der „Freien Gemeinden“ zu schaffen, sind eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen beschlossen worden, die den autonomen Gestaltungsspielraum dieser Gemeinden und Regionen wesentlich erweitern. Schwerpunkte in diesem Zusammenhang sind: Wohnungs-, Schul-, Planungs-, Bauwesen, Erwachsenenbildung, Umwelt- und Naturschutz, Gesundheits- und Krankenpflege, Arbeitsmarktpolitik und der Kommunalverfassungsbereich.

Ungefähr ein Fünftel der schwedischen Gemeinden zeigte sich am Experiment der „Freien Gemeinden“ interessiert, neun Gemeinden und drei Regionen wurden schließlich für diese Versuchstätigkeit ausgewählt.

Regionale Bevölkerungsentwicklung

In der regionalen Bevölkerungsentwicklung Schwedens sind seit 1960 drei unterschiedliche Phasen zu erkennen. In den sechziger Jahren gab es eine starke Abwanderung aus den nördlichen Provinzen zu den urbanen Zentren, während der Rest des Landes eine leichte Zuwanderung verzeichnete. In den siebziger Jahren fand eine Umkehr dieser Tendenz statt: die Abwanderung erfolgte nunmehr aus den urbanen Zentren, während die peripheren Nordprovinzen zu Zuwanderungsgebieten wurden. Ab 1980 kam es neuerlich zu einer Trendumkehr. Die Wanderung geht wieder zu den urbanen Zentren, und zwar auf Kosten beider anderer Gebietstypen.

Abbildung 2



Die erste Trendumkehr zu Beginn der siebziger Jahre ist durch drei Faktoren zu erklären: Das starke Wachstum der Beschäftigung im öffentlichen Sektor, das zum Großteil in den Gemeinden stattfand, bei gleichzeitiger Verlagerung von zentralen Dienststellen aus den urbanen Zentren heraus. Als weiterer Faktor spielt jedoch auch die Entwicklung der industriell-gewerblichen Beschäftigung eine Rolle¹⁵. Von 1968 bis 1981 nahm – nach einer allerdings mit Abbildung 1 nicht völlig identischen Regionsabgrenzung – die Industriebeschäftigung in den städtischen Ballungsgebieten um mehr als 43.000 ab, während sie in den peripheren und sogenannten semi-peripheren Gebieten um 13.000 anstieg. Dieser Zuwachs ist nicht der Kategorie „verlängerte Werkbank“ zuzurechnen, sondern entfiel zu mehr als drei Viertel auf Hoch- und Mitteltechnologiebereiche¹⁶. Dies legt den Schluß nahe, daß die regionalpolitischen Bestrebungen zumindest einen Teilerfolg erzielen konnten. Die Studie „Zentrum und Peripherie im Wandel“ kommt zum Ergebnis, daß: „... die von der öffentlichen Hand bereitgestellten unternehmensbezogenen Dienstleistungen ... über den „Technologie-transfer“ durch Neubau/Erweiterung von Universitäten und Forschungsinstituten bis zu den verschiedenen anreizpolitischen Instrumenten der regionalen Wirtschaftsförderung erheblichen Einfluß auf die Arbeitsplatzentwicklung (haben)“¹⁷.

Der Verfasser dieser vergleichenden Studie weist aber darauf hin, daß es ein methodologisch ungelöstes Problem ist, den Einfluß anreizpolitischer Maßnahmen von anderen Determinanten unternehmerischer Standortentscheidungen zu isolieren.

Freilich deutet die Entwicklung in den achtziger Jahren drauf hin, daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre das Nachlassen der Sogwirkung zufolge der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen v. a. in den Ballungszentren beim relativen Erstarken peripherer Regionen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Die neuerliche Trendumkehr in der Wanderungsbilanz geht jedenfalls Hand in Hand mit der konjunkturellen Erholung und Konsolidierung der schwedischen Wirtschaft. Das Wachstum der Gesamtwirtschaft ist besonders vom „Informationssektor“ (Industrie und Dienstleistungen) getragen, der v. a. in den Stadtregionen und um die großen Universitäten angesiedelt ist. In den achtziger Jahren hat sich noch eine weitere wichtige Bedingung der schwedischen Regionalpolitik geändert: der öffentliche Sektor expandiert nicht mehr überproportional und daß kann, nach Auffassung vieler Experten und Gewerkschafter, negative Konsequenzen für viele Regionen haben, falls die reformpolitischen Vorhaben mit ihrer ausgeprägten Dezentralisierungstendenz nicht verstärkt weiterentwickelt werden.

Anmerkungen

- 1 Tore Hansen hat trotz methodischer Probleme bei der Einschätzung der economies of scale von kommunalen Dienstleistungen festgestellt, daß der einzige kommunale Dienstleistungsbereich, bei dem abnehmende Ausgaben per Einwohner in Großgemeinden auftraten, der Erziehungsbereich war. Schwierigkeiten bei der empirischen Ermittlung bereitete die Tatsache, daß bei Kollektivgütern die Abgrenzung von Dienstleistungseinheiten kaum möglich ist. Ein weiteres methodisches Problem ergab sich daraus, daß auch dann, wenn die Identifikation von Leistungseinheiten möglich ist, diese zwischen den einzelnen Gemeinden eine große Variationsbreite aufweisen. Außerdem können die Kosten öffentlicher Dienstleistungen in Agglomerationen höher sein als in kleinen ländlichen Gemeinden. Teils aufgrund der abnehmenden Selbstversorgung und teilweise aufgrund der negativen externen Effekte privater Produktion und öffentlichen Konsums, die sich aus einem hohen Grad der Urbanisierung ergeben, in: *The Local Fiscal Crisis in Western Europe, 1981*, S. 186 ff.
- 2 OECD Historical Statistics 1960–1985, Tab. 6.2, 6.5.
- 3 The Role of the Public Sector, OECD Economic Studies 4/1985, S. 63.
- 4 Hansen, T., aaO, S. 168 f.
- 5 Gustafsson, A., Local Government in Sweden, S. 56 f.
- 6 Hansen, T., aaO, S. 190.
- 7 The Swedish Budget 1986/87, S. 94 f.
- 8 vergleiche Wolff, R., Johannisson, B.
- 9 Johannisson, B., Lokal mobilisering u. a.
- 10 Hägg, I., Johanson, J., Foretag i Nätverk.
- 11 Swedish Regional Policy 1982, S. 11.
- 12 Strohmeier, G., Schwedische Industriepolitik zur Technologieentwicklung, Stockholm 1984, S. 37.
- 13 Statensindustriverk, SIND PM 1986: 7.
- 14 Friedrich, P., Buckl, E., Behördenverlagerung in europäischen Ländern, in: . . . , S. 145.
- 15 Butzin, B., Münstersche Geographische Arbeiten 23/1986, S. 71 f.
- 16 Butzin, B., aaO, S. 121.
- 17 Butzin, B., aaO, S. 93.

Literatur

- Ahlén, G., Hedlund, A., Isaksson, A., Sma och medelstora högskoloregionala kompetenscentra? (Kleine und mittelgroße Hochschulen – regionale Kompetenzzentren?), Statens-industrieverk (Staatliches Industrieamt), SIND PM 1986: 7, Stockholm 1986
- Aktivt Folkstyre i kommuner och landsting (Aktive Demokratie in Gemeinden und Provinzen), Demokratisierungskommission, SOU 1985: 28, Stockholm 1985
- Andersson, A. E., Törnqvist, G., Snickars, F., Öberg, S., Regional mangfald till rikets gagn, En idébok från ERU (Regionale Vielfalt zum Vorteil des Reiches, ein Ideenbuch von ERU = Expertgruppen för forskning om regional utveckling/Expertengruppe für die Erforschung der regionalen Entwicklung), Stockholm 1984
- Arbetsmarknad och Arbetsmarknadspolitik 1986 – Med utblick mot 1990 (Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik 1986 – Mit Vorschau auf 1990), Arbetsmarknadsdepartementet, Ds A 1987: 2, Stockholm 1987
- Back, P. E., University of Umea, Public Allocations: By Territory or by Sector? Beitrag zum 13. Weltkongress der Internationalen Politikwissenschaftlichen Vereinigung, Paris 1985
- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.), Behördenverlagerung, München 1984
- Brunsson, N., Johannisson, B., „Lokal mobilisering“, Om industriens kommunalpolitik och kommuners industripolitik („Lokale Mobilisierung“ zur Kommunalpolitik der Industrie und Industriepolitik der Gemeinden), Doxa Ekonomi, Karlshamn 1983
- Brunsson, N., Wolff, R., Utveckling i Norrbotten – studie av ett industripolitiskt fall (Entwicklung in Norrbotten – Industripolitische Fallstudie), Ökonomisches Forschungsinstitut der Handelshochschule Stockholm, Stockholm 1984
- Butzin, B. (Hrsg.), Regionalplanung in Nordeuropa, Entwicklung von der sektoralen Wirtschafts- zur regionalen Wohlfahrtspolitik, aus „Entwicklungs- und Planungsprobleme in Nordeuropa, Münstersche Geographische Arbeiten 12, Westfälische Wilhelms-Universität, Institut für Geographie, Paderborn 1981
- Butzin, B., Zentrum und Peripherie im Wandel, Erscheinungsformen und Determinanten der „Counterurbanization“ in Nordeuropa und Kanada, Münstersche Geographische Arbeiten, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Paderborn 1986
- De regionale utvecklingsfonderna. Erfarenheter av verksamheten 1978–1981 (Die regionalen Entwicklungsfonds. Tätigkeitsbericht 1978–1981), Utredning från statens industrieverk, SIND 1981: 7, Stockholm 1981
- Eklund, L., Organiserade former för Lokal Delaktighet, Tankemodeller av decentraliserad kommunal organisationsstruktur (Organisationsformen lokaler Beteiligung, Denkmodelle dezentralisierter kommunaler Organisationsstrukturen), Ekonomiska Forskningsinstitutet Handelshögskolan, Stockholm 1984
- Ekman, A. K., Kulturbestämda framtidsbilder, Om livsformer i sju kommuner, (Kulturbestimmte Zukunftsbilder, Lebensformen in sieben Gemeinden), Sekretariatet för Framtidstudier, Stockholm 1986
- ERU-rapport 16, Kommunala Framtids-Studier, hrsgg. in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat für Zukunftsstudien, Stockholm 1982
- Fackföreningsrörelsen och välfärdsstaten. Rapport till 1986 års LO-kongress från LOs utredning om den offentliga sektorn (Gewerkschaftsbewegung und Wohlfahrtsstaat. Bericht an den LO-Kongress 1986 auf Basis der LO-Untersuchung des öffentlichen Sektors), Stockholm 1986
- Försöksverskamhet med ökad kommunal självstyrelse (Erprobung erweiterter kommunaler Selbstverwaltung), Gutachten der Staat-Gemeindekommission, Ds C 1984: 1, Civildepartementet (Innenministerium), Regierungsvorlage 1983/84: 152, Stockholm 1984
- Friedrich, P., Buckl, E., Behördenverlagerung in europäischen Ländern – Ökonomische Perspektiven der Behördendezentralisierung, in: Die öffentliche Verwaltung, 1986
- Gidlund, J., Projektleiter, Kommunerna och sysselsättningarna (Gemeinden und Beschäftigung), aus der Reihe Kommunerna och Framtiden, Svenska Kommunförbundet, Universitet Umea-CERUM, FRN-Framtidstudier, Umea-Stockholm 1985
- Gidlund, J., Projektleiter, Kommunerna och framtiden, Programskrift med skiss till

- Kommunala omvärldsbilder 2000 (Die Zukunft der Gemeinden, Programmschrift mit Skizzen kommunaler Zukunftsbilder 2000), FRN-Framtidsstudier, Stockholm 1984
- Gidlund, J., Fria ämbetsverk eller självständiga kommuner, Strategier för morgandagens offentliga sektor (Freie Verwaltungen oder selbständige Gemeinden), Sekretariatet för Framtidsstudier, Stockholm 1986
- Gidlund, J., Lidström, B. (Hrsg.), Det elektroniska närsamhället – Kommunerna och informationsteknologin (Dezentralisierung und Informationstechnologie), Svenska Kommunförbundet/Sekretariatet för Framtidsstudier, Stockholm 1986
- Gunnarsson, L., Perby, M. L., Forskningscirklar – en metod i facklig kunskapsutveckling (Forschungszirkel – eine Methode gewerkschaftlicher Wissenserweiterung), Arbetslivscentrum, Lund 1981
- Gustafsson, A., Local Government in Sweden, Stockholm 1983
- Hägg, I., Johanson, J., Företag i Nätverk – ny syn på konkurrenskraft (Unternehmen im Netzwerk – Konkurrenzfähigkeit in neuer Sicht), Studieförbundet Näringsliv och Samhälle, Stockholm 1982
- Hansen, T., The Dynamics of Local Expenditure Growth: Local Government Finance in Sweden, in: Sharpe, L. J. (Hrsg.), The Local Fiscal Crisis in Western Europe, London 1981
- Hohenberger, L., Maier, F., Wissenschaftszentrum Berlin, Beschäftigungsgarantie für Jugendliche – Die schwedische Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Diskussionspapier des Internationalen Institutes für Management und Verwaltung IIMV Arbeitsmarktpolitik, Berlin 1986
- Höök, E., The Role of Public Sector in Scandinavia, in: Gustafsson, B. (Hrsg.), Post-Industrial-Society, London 1979
- Hydén, H., Ram eller lag? Om ramlagstiftning och samhällsorganisation (Rahmen oder Gesetz? Über Rahmengesetzgebung und gesellschaftliche Organisation), Staat-Kommunberedningen, Ds C 1984: 12, Civil-Departementet (Innenministerium), Stockholm 1985
- Industridepartementet, Budgetförslag 1988, Beilage 14, Prop. 1987/88: 100
- Industripolitikens kunskapsbehov, Forsknings- och utredningsområdet (Wissensbedarf der Industripolitik, Forschungs- und Untersuchungsbereiche), Forschungs- und Untersuchungsbericht, SIND PM 1983:12, Statens industriverk (Staatliches Industrieamt), Stockholm 1983
- Jangenäs, B., Den svenska arbetsmarknadspolitiken (Die schwedische Arbeitsmarktpolitik), Informationsskrift Nr. 10, Arbetslivscentrum, Stockholm 1986
- Johannisson, B., Vi kan, Vi vill, Vi vagar. Självförtroende och handling i Maleras (Wir können, Wir wollen, Wir wagen. Selbstvertrauen und Handlung in Maleras), Trygghetsrådet SAF-PTK, Växjö 1985
- Johannisson, B., Växjö University, Lokale ökonomiska utveckling i en organisationsökonomi – Schwedische Erfahrungen, Referat anlässlich der Konferenz „Eigenständige Regionalentwicklung – ein neuer Weg für die ländlichen Gebiete Europas“, Zwettl 1987
- Johannisson, B., Växjö University, Between Territory and Function – on the Interfaces between Small Business, Large Business and Community, Referat anlässlich eines EIASM Workshops, Brüssel 1987
- Karlsson, L., Studienrings-Demokratie. Zum System der Arbeiterbildung in Schweden, in: Arbeit und Wirtschaft 7/8/87
- Knutsson, K., Local Government in Sweden in: Plan International 1985, Gävle 1985
- Kommunal Näringslivspolitik, Samverkan med staten och näringslivet (Kommunale Wirtschaftspolitik, Kooperation mit Staat und Wirtschaft), Delbetänkande av stat-kommunberedningen (Teilgutachten der Staat-Gemeindekommission), Ds C 1986:16, Civil-Departementet (Innenministerium), Stockholm 1987
- Lägg besluten närmare människorna! (Verlagert die Entscheidungen näher zu den Menschen!), Grundsatzgutachten der Dezentralisierungskommission, SOU 1978:52, Stockholm 1978
- Meidner, R., Hedborg, A., Modell Schweden. Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt/Main 1984
- Lanner, J., The trade-related Aspects of Regional Policy, EFTA, Genf 1984

- Melin, L., Alsen, G., Holmström, M., Karlsson, T., Nilsson, A., Tapper, H., Strukturförändringar, Företagsstrategier och lokala Aktörer – Motalaprojektet (Strukturverändringar, Unternehmensstrategien und lokale Akteure), Ekonomiska institutionen, Forskningsrapport nr 131, Linköping 1983
- Melin, L., Alsen, G., Berger, S., Nilsson, A., Kommunerna och näringslivet, Ett näringslivs-politiskt dilemma (Gemeinden und Wirtschaft, ein wirtschaftspolitisches Dilemma), Stockholm 1984
- Nilsson, S. (Hrsg.), Kommunerna inför de nya medierna (Gemeinden angesichts der neuen Medien), Svenska Kommunförbundet, Sekretariatet för Framtidsstudier, Stockholm 1985
- OECD, Review of National Science and Technology Policy, Sweden-Paris 1987
- Öhman, B., Kommunerna och Sysselsättningspolitiken, Om arbetsfördelningen mellan kommunerna och arbetsmarknadsverket (Gemeinden und Beschäftigungspolitik, über die Kompetenz- und Arbeitsverteilung zwischen Gemeinden und Arbeitsmarktverwaltung), Rapport från AMS kommittén (Bericht der Kommission der Arbeitsmarktverwaltung), Ds A 1985:2, Arbetsmarknads-Departementet (Arbeitsmarktsministerium), Stockholm 1985
- Principer för ny Kommunal-lag (Prinzipien einer neuen Kommunalverfassung), Demokratiseringskommission, SOU 1985:29, Stockholm 1985
- Rudebeck, K., Ansvar utan Makt, Arbetslösheten och kommunerna (Verantwortung ohne Macht, Arbeitslosigkeit und Gemeinden), Sekretariatet för Framtidsstudier, Stockholm 1986
- Sandblom, B., Schwartz, B., Wolf, R., Finndahl, K., Årnström, G., Lundström, A., Kommunal Näringspolitik, Industriell samverkansprojekt – uppföljning och erfarenheter från verksamhet på lokal nivå (Kommunale Wirtschaftspolitik, Industrielle Kooperationsprojekte – Auswertung von Erfahrungen der Tätigkeit auf lokaler Ebene), SIND 1984:3, Stockholm 1984
- Sanner, L. (Hrsg.), Decentralisering i Örebro, Erfarenheter från politik, Förvaltning och forskning (Dezentralisierung in Örebro, Erfahrungen aus Politik, Verwaltung und Forschung), Arbetslivscentrum, Stockholm 1987
- Schönhofer, H., Dezentralisierung von Behörden und hochrangigen kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen – Seminarbericht (im Auftrag der niederösterreichischen Landesregierung), Wien 1986
- Schröder, L., Sehlstedt, K., Universitätt Stockholm, Local Job Creation Programs for Youth in Sweden, Beitrag zur Konferenz „The Role of the Social Economy in the Creation of Local Employment“, organised by European Centre for Social Welfare, Wien 1987
- Selektiv ekonomisk politik och industrins strukturanpassning. En studie av branschproblem, myndighetsåtgärder och förändringströgheter (Selektive ökonomische Politik und industrielle Strukturanpassung. Eine Studie über Branchenprobleme, Verwaltungsmaßnahmen und Veränderungsträgheit), SIND PM 1981:22, Stockholm 1981
- Snickars, F. (Hrsg.), Beslut för regional förnyelse, Tretton forskare om 80-talets regionalpolitik (Entscheidungen für eine regionale Erneuerung, dreizehn Forscher zur Regionalpolitik der achtziger Jahre), ERU, Stockholm 1984
- Strohmeier, G., Schwedische Industriepolitik zur Technologieentwicklung, Stockholm 1984
- Svensk industri och industripolitik (Schwedische Industrie und Industriepolitik), Industri-departementet, Stockholm 1987
- Swedish Regional Policy 1982, Ministry of Industry, Stockholm 1982
- Swedish Regional Policy 1986, Ministry of Industry, Stockholm 1986
- Tarschys, D. u. a., Politisk styrning – administrativ självständighet (Politische Steuerung und administrative Selbstständigkeit), SOU 1983:39, Stockholm 1983
- Vidgad länsdemokrati, Slutbetänkande av Länsdemokratikommittén (Erweiterte Demokratie in den Provinzen, Schlußbericht der Kommission für Demokratie in den Provinzen), Statens offentliga utredningar (SOU), 1982:24, Kommundepartement, Stockholm 1982
- Wadensjö, E., The Financial Effects of Unemployment and Labor Market Policy Programs for Public Authorities in Sweden, Wissenschaftszentrum Berlin 1985

- Werner, H., König, I., Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EG-Ländern und in Schweden in: Beiträge zur Arbeitsmarkt-Berufsforschung, Nürnberg 1987
- Wolff, R., Von kommunalen Krisen zu kommunaler Industriepolitik. Schwedische Erfahrungen, Kurzfassung in: mi/Mitbestimmung, 5-6/1986, 1,2/1987, Wien
- Wolff, R., Organizing Industrial Development, Berlin – New York 1986